

05**Satzung zur 2. Änderung der Betriebssatzung
der Gemeinde Nordwalde für den Eigenbetrieb
„Abwasserwerk“ der Gemeinde Nordwalde**

vom 15. Januar 2010

Aufgrund der §§ 7 und 114 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.06.2009 (GV NRW S. 380) in Verbindung mit der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) vom 16.11.2004 (GV NRW S. 644), zuletzt geändert durch Verordnung zur Änderung von Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Gemeindegewirtschaftsrechts vom 05.08.2009 (GV NRW S. 438), hat der Rat der Gemeinde Nordwalde am 02.12.2009 folgende Satzung zur 2. Änderung der Betriebssatzung der Gemeinde Nordwalde für den Eigenbetrieb „Abwasserwerk“ der Gemeinde Nordwalde beschlossen:

§ 1

Die Betriebssatzung der Gemeinde Nordwalde für den Eigenbetrieb „Abwasserwerk“ der Gemeinde Nordwalde vom 17. Oktober 2006 in der Fassung der Änderungssatzung vom 09.03.2007 wird wie folgt geändert:

§ 13 wird wie folgt neu gefasst:

§ 13**Zwischenbericht**

Die/Der Betriebsleiter(in) hat die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister und den Betriebsausschuss vierteljährlich einen Monat nach Quartalsende über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Ausführung des Vermögensplans schriftlich zu unterrichten.

§ 2

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung zur 2. Änderung der Betriebssatzung der Gemeinde Nordwalde für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Abwasserwerk“ der Gemeinde Nordwalde wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Auf die Vorschriften des § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.7.1994 (GV. NW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.6.2009 (GV. NRW S. 380 ff) wird verwiesen. Danach kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche

Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Nordwalde, den 15.01.10

Die Bürgermeisterin
gez. Schemmann